

# WIR MACHEN TARIF

## INFORMATIONEN FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST



30. November 2021

## Tarifrunde der Länder: Ergebnis in Zeiten von Rekordinflation/spürbare Verbesserungen im Gesundheitswesen

Es gibt viel Kritik am ver.di-Tarifergebnis für die rund 1,1 Millionen Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder: Angesichts der aktuellen Preissteigerungsrates sei das Gehaltsplus zu mager ausgefallen. Dazu lässt sich sagen, dass bei jeder Tarifforderung auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, zu der auch die Inflation gehört, eine wesentliche Rolle spielt, denn natürlich wollen wir, dass unsere Mitglieder am Ende des Tages tatsächlich mehr Geld im Portmonee haben und dieses Plus auch während der Tarifvertragslaufzeit nicht von steigenden Preisen aufgefressen wird.

Deswegen wurde die Inflationsentwicklung über das Jahr 2021 auch im August, als ver.di die Forderung für die Landesbeschäftigten aufgestellt hat, mit in den Blick genommen.

Die Inflation wird in diesem Jahr voraussichtlich drei Prozent betragen, zu Beginn des Jahres war sie niedrig, ab dem Sommer ist sie gestiegen, was an steigenden Energiepreisen liegt, die sich aus dem Anspringen der Konjunktur nach der Pandemie ergeben. Auch der wegen Corona gesenkte Mehrwertsteuersatz treibt die Inflation. Beide Effekte sind nicht nachhaltig, sodass wir davon ausgehen, dass die Preise in den kommenden Jahren wieder sinken. So prognostizieren auch die führenden Wirtschaftsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose für 2022 2,5 Prozent und für 2023 1,7 Prozent, siehe hier:

[Prognose der Inflationsrate bis 2022 | Statista](#)

Für die Kolleg\*innen im Landesdienst gleichen wir mit der steuerfreien Einmalzahlung iHv 1300 Euro und der letzten Lohnerhöhung aus dem vorangegangenen Tarifergebnis von 2019 um 1,4 Prozent zu Beginn dieses Jahres (1.1.2021) die Inflation in diesem und mit der linearen Erhöhung um 2,8 Prozent zum 1.12.22 in Kombination mit der steuerfreien Einmalzahlung auch die im kommenden Jahr aus.

Die steuerfreie Einmalzahlung stellt eine soziale Komponente dar, die prozentual berechnet vor allem in unteren Entgeltgruppen zu höheren Einkommenssteigerungen führt als eine lineare Erhöhung. Sie heißt Corona-Prämie, weil sie steuer- und sozialversicherungsfrei ist, also direkt aufs Konto geht, was gerade jetzt, wo Strom- und Gaspreise drastisch steigen, hilfreich ist.

**ALLE** Beschäftigten der Länder bekommen bis spätestens März 2022 die Coronaprämie in einer Summe ausgezahlt, nicht nur einzelne Beschäftigtengruppen. Teilzeitbeschäftigte erhalten den Betrag anteilig.

Im Durchschnitt führt die Einmalzahlung von 1300 Euro für die Entgeltgruppen 1-8 zu 3,4 Prozent mehr Geld. Selbst in der Entgeltgruppe 11 liegt die Erhöhung noch bei über drei Prozent, deswegen haben die Mitglieder zuständigen Tarifgremien sich für diesen Weg der Lohnerhöhungen entschieden und nicht dafür, auf Biegen und Brechen eine weitere lineare Erhöhung im Frühjahr durchzusetzen, die weit darunter gelegen hätte – die Entscheidung für die Sonderzahlung war eine für höhere Lohnsteigerungen, gerade für Kolleg\*innen mit niedrigem Einkommen. Der Preis dafür ist, dass diese Erhöhungen nicht tabellenwirksam sind, auch das wurde sorgsam abgewogen.

Im Detail heißt das: Addiert man die Erhöhung in 2021 (aus der TR Länder 2019) in Höhe von 1,4% erreichen wir für das Jahr 2021 folgende Durchschnittswerte, wobei der Teil über 1,4% steuer- und sozialversicherungsabgabefrei ist:

**EG 1 – EG 4 = 5,07%; EG 5 – EG 9a = 4,38%**

**EG 9b – EG 12 = 3,66%; EG 13 – EG 15 = 3,17%**

Diese Werte machen nochmal deutlich, dass wir für alle Mitglieder für die Laufzeit dieser Tarifeinigungen mindestens die **Inflation ausgleichen**.

**Dazu** kommen die diversen Zulagen im Gesundheitswesen.

Für uns war von vornherein klar, wir machen keinen Abschluss ohne spürbare Verbesserungen für den Gesundheitsbereich: Und dieses Ziel haben wir erreicht-Künftig bekommen auch Kolleg\*innen aus den Gesundheitsberufen eine Zulage, die diese vorher nicht bekommen haben. Für Diätassistent\*innen, Logopäd\*innen, medizinische Fachangestellte, pharmazeutisch-technische Assistent\*innen, Physiotherapeut\*innen an Unikliniken heißt das, dass sie 70 Euro mehr im Monat bekommen. An den Zentren für Psychiatrien, wo sie ebenfalls eingeführt wird, profitieren davon Logopäd\*innen, Ergotherapeut\*innen und Arbeitserzieher\*innen. Ebenso wie die Pflegezulage, die an den Unikliniken und Zentren für Psychiatrie bereits gezahlt wird und auf 140 Euro erhöht wurde, nimmt sie an zukünftigen Tarifierhöhungen teil. Damit haben die vielfältigen Streikaktivitäten im Gesundheitswesen zu spürbaren Erhöhungen der Zulagen ab 1. Januar 2022 geführt. Beispielsweise wird an den Unikliniken die Intensiv- und Infektionszulage von 90 auf 150 Euro erhöht und steigt damit um bis zu 67 Prozent. Hinzu kommt die einmalige steuerfreie Zahlung von 1.300 Euro und die lineare Erhöhung.

Das Tarifergebnis bringt beispielsweise für eine Intensivpflegekraft eine durchschnittliche monatliche Einkommenssteigerung von 230 Euro, für Physiotherapeut\*innen von durchschnittlich mehr als 180 Euro und für Beschäftigte in Laborberufen ebenfalls von mehr als 220 Euro.

Was heißt das zusammen genommen für die Bewertung des Ergebnisses? Wir haben ein **respektables Ergebnis** erzielt, das aber allenfalls ein Zwischenschritt sein kann, dem weitere Verbesserungen im Gesundheitswesen werden folgen müssen. Wir wissen, dass es Enttäuschungen gibt, aber insgesamt halten wir das Ergebnis für tragfähig. Für ein breites Meinungsbild machen wir in den kommenden Wochen auch eine **Mitgliederbefragung**, der Tarifvertrag hat eine Erklärungsfrist bis 22.12. und erst am 17.12. entscheidet die Bundestarifkommission endgültig auf Grundlage der Mitgliederbefragung.